

Ein Prozent mehr Lohn

Regierungsrat und Personalverbände einigen sich nach drei gescheiterten Runden auf einen Teuerungsausgleich.

Christof Ramser

Mit zaghaften Schritten zwar, aber immerhin: Der Solothurner Regierungsrat und die Gewerkschaften bewegen sich wieder aufeinander zu. Zuletzt waren die Lohnverhandlungen in Serie gescheitert. Jetzt haben sich der Regierungsrat sowie die Personalverbände darauf geeinigt, dass die Löhne für das kommende Jahr um ein Prozent erhöht werden. Davon profitieren das Staatspersonal, die Lehrerinnen und Lehrer der kantonalen Schulen und der Volksschulen sowie die Angestellten der Solothurner Spitäler AG.

Etwas mehr als die mittlere Jahresteuierung

Konkret soll damit die Inflation ausgeglichen werden, also die Tatsache, dass das allgemeine Preisniveau steigt und die Kaufkraft dadurch sinkt. Als Grundlage für die Verhandlungen wurde die mittlere Jahresteuierung von Juni 2025 bis Mai 2026 herangezogen, sie beträgt rund 0,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Teue-

rung im Mai 2026 um rund 0,6 Prozent erhöht. Auch der aktuell starke Anstieg der Teuerung, der durch die Konjunkturprognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) bestätigt wird, wurde berücksichtigt. Während des laufenden Jahres korrigierte das Seco die Prognosen zweimal nach oben.

Nicht euphorisch, aber zufrieden

Dass die Verhandlungspartner des kantonalen Gesamtarbeitsvertrags auf einen gemeinsamen Nenner kommen, ist nicht selbstverständlich. Die vergangenen drei Lohnrunden waren geplatzt. Für 2024 hatten die Gewerkschaften zwei statt der geforderten drei Prozent Teuerungsausgleich erhalten, 2025 gab es überhaupt nichts. Für 2026 pochten die Personalverbände auf zwei Prozent, der Regierungsrat gewährte schliesslich einseitig 0,6 Prozent.

Patrick Amrein wertet die Einigung als positives Zeichen. «Dass sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite finden

konnten, war wichtig», sagt der Präsident des kantonalen Staatspersonalverbands. «Es ist ein Schritt in die richtige Richtung.» Der gewährte Ausgleich entspreche zwar nicht ganz den Forderungen, sei aber durchaus ein akzeptables Resultat. Konkret hätten es die Angestelltenverbände gerne gesehen, wenn die nicht ausgeglichene Teuerung der vergangenen Jahre kompensiert worden wäre. Trotzdem könne man sich mit dem vorliegenden Resultat abfinden.

Eine Protestaktion wie vor zwei Jahren, als die Staatsangestellten vor dem Rathaus demonstrierten, sei jedenfalls nicht zu erwarten. Das Ziel sei aber, dass der aufgelaufene Rückstand beim Teuerungsausgleich über die kommenden Jahre wieder abgebaut wird. Zumal die Mitarbeitenden des öffentlichen Sektors überdurchschnittlich vom Sparpaket 2024 betroffen waren.

Finanzdirektor spricht von einem Kompromiss

Auch FDP-Finanzdirektor Peter Hodel, der den Regie-

«Es ist nicht ganz das, was wir gefordert haben, aber ein akzeptables Resultat.»



Patrick Amrein
Präsident Staatspersonalverband

rungsrat bei den Lohnrunden vertritt, hebt den symbolischen Wert der Einigung nach den gescheiterten Verhandlungen der vergangenen Jahre hervor. Er spricht, gerade mit Blick auf die Finanzlage des Kantons, von einem Kompromiss. Während die Staatsrechnung 2025 mit einem Überschuss von 92 Millionen Franken besser als erwartet abgeschlossen hat, budgetiert der Kanton für 2027 ein Minus von 75 Millionen.

Durch den Teuerungsausgleich von einem Prozent verschlechtert sich der Voranschlag um 7,8 Millionen Franken. Abzüglich der Staatsbeiträge landen auf den Lohnkonten der Kantonsangestellten im kommenden Jahr rund 5,7 Millionen Franken.

Das solle auch ein Zeichen der Wertschätzung sein. Der Lohn sei ein Bestandteil für zufriedenes Personal. Und schliesslich müsse sich der Kanton Solothurn auf dem Arbeitsmarkt auch in diesem Punkt mit anderen Kantonen messen können.

Hundewelpen wurden doch nicht ausgesetzt

Eine Frau hat zwei Welpen offenbar nicht in Grenchen gefunden, sondern diese selbst aus Rumänien importiert.

Vanessa Schaad

Als sie vor gut einer Woche ankamen, hatten sie ihre Augen eben erst geöffnet. Viel erkennen konnten die beiden Hundewelpen noch nicht. Im Alter von gerade einmal rund zwei Wochen schlafen sie die meiste Zeit, suchen Wärme und Milch. Diese beiden Welpen hatten schon eine lange Reise hinter sich, von Rumänien bis nach Grenchen.

Vor einer Woche meldete sich eine Frau bei der Polizei und erzählte folgende Geschichte: Sie habe die Welpen in einem Waldstück in Grenchen gefunden. Ausgesetzt, mutmasslich ihrem Schicksal überlassen. Nun sagt die Polizei: Diese Geschichte dürfte erfunden gewesen sein.

Die Kantonspolizei hatte einen Zeugenaufruf gestartet und Mitarbeitende der Fachstelle Tierschutz und Umwelt Ermittlungen aufgenommen. Auch befragten sie die vermeintliche Finderin. Dabei gestand sie, dass die Welpen nicht ausgesetzt wurden. Stattdessen habe die Frau die Welpen illegal aus Rumänien in die Schweiz eingeführt.

Wie die Geschichte ins Wanken geriet

Um die Tiere in der Schweiz offiziell erfassen zu lassen, ging sie zu einem Tierarzt. Diesem erzählte sie, dass die Hunde wohl im Wald ausgesetzt wurden. Der Tierarzt habe sie angewiesen, die Polizei zu informieren. Wegen Irreführung



Die beiden Welpen befinden sich derzeit in Quarantäne im Tierheim Aarebruggli.

Bild: Kantonspolizei Solothurn

der Rechtspflege und illegaler Einfuhr der Hundewelpen wurde die Frau nun angezeigt. Kantonstierärztin Chantal Ritter hat immer wieder mit nicht konform eingeführten Tieren zu tun. Dieses Jahr klärte der Solothurner Veterinärdienst bereits 60 Hunde- und 15 Katzenfälle ab. 2025 waren es insgesamt 79 und ein Jahr zuvor

88 Fälle. Gemeldet werden diese vom Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, von Privatpersonen sowie Tierärzten.

Je nach Herkunft eines Tieres kann Tollwut zum Problem werden. Gerade bei Tieren aus Ländern mit hohem Tollwutrisiko ist deshalb entscheidend, dass die vorgeschriebenen Impfungen und

Wartefristen eingehalten werden. Wird ein Hund ohne die nötigen Nachweise in die Schweiz gebracht, klärt der Veterinärdienst ab, woher das Tier stammt und wie gross das Risiko einer Ansteckung ist. Weltweit sterben laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation jährlich rund 59'000 Menschen

an der Krankheit, die meist durch Hunde übertragen wird.

Das Schwierige daran: Eine Infektion lässt sich nicht einfach durch eine Blutprobe ausschliessen, sagt Ritter. Bis zum Auftreten erster Symptome können vier Monate vergehen. «In rund einem Fünftel der abgeklärten Fälle wird eine Quarantäne angeordnet.»

Grundsätzlich sei bei den vermeintlich ausgesetzten Welpen in Grenchen von einem Einzelfall auszugehen. Diese sind laut der Polizei aus Rumänien. Das Bundesamt für Veterinärwesen (BLV) stuft das Mitgliedsland der EU als frei von urbaner Tollwut ein.

Welpen dürfen nicht alleine importiert werden

Inzwischen sind die Hundewelpen drei bis vier Wochen alt und im Tierheim Aarebruggli. Ihnen gehe es gut, sie befinden sich in Quarantäne, heisst es vom Tierheim. Welche Rasse die Tiere sind, lasse sich noch nicht sagen. Das werde erst möglich sein, wenn die Hunde grösser sind.

Bei jungen Hunden bringt der Import ein weiteres Problem mit sich. Sie hätten laut Tierschutzverordnung gar nicht erst von ihrer Mutter getrennt werden dürfen, weil sie jünger als acht Wochen sind. Gerade in den ersten Lebensmonaten sollten sie sozialisiert werden. Eine monatelange Isolation stehe dem entgegen. Hinzu kommen die erheblichen Kosten einer solchen Unterbringung.

221 Millionen für Prämienhilfe

Krankenkassenprämien Die Krankenkassenprämien steigen im Kanton Solothurn 2027 um durchschnittlich sechs Prozent. Das bedeutet für die Versicherten eine zusätzliche Belastung von durchschnittlich 23,50 Franken pro Monat. Zur Entlastung der Bevölkerung stehen im kommenden Jahr 221 Millionen Franken für Prämienverbilligungen zur Verfügung, wie die Regierung am Dienstag mitteilte. Das sind neun Millionen Franken oder 4,3 Prozent mehr als 2026, wie es weiter heisst. Der Bund übernimmt davon rund 123 Millionen Franken, der Kanton steuert 98 Millionen Franken bei.

Damit bleibt Solothurn erneut beim gesetzlichen Mindestbeitrag von 80 Prozent des Bundesbeitrags. Angesichts der angespannten Kantonsfinanzen erachtet der Regierungsrat eine höhere Beteiligung nicht als angemessen. Das letzte Wort hat der Kantonsrat.

Wieder Kritik von SP und Grünen?

Die Mittel für Prämienverbilligungen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. 2023 waren es rund 178 Millionen Franken, 2025 bereits 202 Millionen. Für 2026 stehen rund 212 Millionen zur Verfügung. Der kantonale Mindestbeitrag sorgte dabei wiederholt für politische Diskussionen. SP und Grüne forderten in den vergangenen drei Jahren jeweils eine Erhöhung von 80 auf 85 Prozent des Bundesbeitrags, hatten damit im Kantonsrat aber keinen Erfolg. Die Grünen verlangten bereits nach Bekanntgabe der Prämien erhöhungen für 2027 Ende September eine stärkere Beteiligung des Kantons. Deshalb dürfte auch die neue Vorlage im Parlament umstritten sein.

Rund drei Viertel der Prämienverbilligungen gehen an Personen, die Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe beziehen. Diese Ausgaben sind gesetzlich vorgegeben. Für die ordentliche Prämienverbilligung bleibt damit nur rund ein Viertel der Mittel. Nur diesen Teil kann der Regierungsrat innerhalb des gesetzlichen Rahmens beeinflussen.

Ab 2028 muss der Kanton mehr ausgeben

Ab 2028 muss der Kanton ohnehin tiefer in die Tasche greifen. Dann entfaltet der indirekte Gegendvorschlag zur Prämienentlastungs-Initiative des Bundes seine volle Wirkung. Solothurn wird damit verpflichtet, deutlich mehr eigene Mittel für Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen bereitzustellen. (mac)



Krankenkassenprämien gehen ins Geld.
Bild: Max Tinner